

Gespräch mit Oskar Niedermayer

»Die Datenspäh-Affäre zum zentralen Thema zu machen war ein Fehler der SPD«

Im Gespräch mit der NG/FH analysiert der Berliner Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer den Wahlkampf der Sozialdemokraten, die Schwäche der Grünen und die Voraussetzungen für ein Bündnis mit der Linkspartei. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Die FDP ist mit 4,8 % nicht mehr im Bundestag vertreten, die »Alternative für Deutschland« hat mit 4,7 % ein fast gleiches Ergebnis erzielt. Sind das nur Pendelausschläge, die nicht viel darüber aussagen, wie sich das Parteiensystem entwickeln wird?

Oskar Niedermayer: Das Ergebnis der FDP ist eine historische Zäsur, und es wird dieser Partei schwerfallen, wieder genügend Unterstützung zu bekommen, weil sie stark das Vertrauen der Wähler verspielt hat, und weil die Bundestagswahl der letzte in einer Reihe von Dominosteinen war, die umgefallen sind. Sie hat ja vorher bei einigen Landtagswahlen schlecht abgeschnitten und ist aus Landtagen herausgefallen. Die regionale Basis ist auch gebröckelt. Und zudem hat sie nicht nur Konkurrenz im Bürgerrechtssektor durch die Grünen, sondern neuerdings auch durch die AfD in Bezug auf den Wirtschaftsliberalismus. Die zweite Zäsur ist, dass die Diskussion über den Niedergang oder gar das Ende der Volksparteien jetzt Lügen gestraft worden ist durch das Ergebnis der Union. Man hat die Kurzfristfaktoren, die für ein Wahlergebnis verantwortlich sind, zu gering und die langfristigen Entwicklungen, die zu immer größeren Problemen der Großparteien führen, zu hoch gewertet.

NG/FH: Wenn man die AfD betrachtet und davon ausgeht, dass die Eurokrise noch

jahrelang weiterschwelen wird – hat die AfD das Potenzial, in den nächsten Bundestag und in das nächste Europaparlament hineinzukommen? In den anderen europäischen Ländern gibt es ja fast überall eurokritische Parteien.

Niedermayer: Was der AfD hilft, ist die Europawahl im nächsten Jahr. Erstens wird das Generalthema Euro-Krise eine viel größere Rolle spielen, als das jetzt bei der Bundestagswahl der Fall war. Und zweitens werden wir keine 5 %-Hürde mehr haben, was natürlich die Chancen der AfD erhöht, in das Parlament einzuziehen. Um aber eine Rolle im Parteiensystem spielen zu können, muss sich die AfD klar und eindeutig gegen Rechts abgrenzen. Wenn sie nämlich das Stigma einer rechtspopulistischen Partei angehängt bekommt, wird sie von konservativen bürgerlichen Wählern nicht gewählt. Das haben wir immer erlebt. Es gab ja schon ungefähr zehn Versuche, eine Partei rechts von der Union zu etablieren, die die konservativen Wählerschaften abdeckt. Die Versuche waren immer gescheitert an der Tatsache, dass sich die Parteien zu nahe am rechten Rand befanden oder tatsächlich rechtspopulistisch waren. Wenn die AfD das vermeiden kann, und sich erstens zu einer gesellschaftspolitisch konservativen Alternative zur Union und zweitens zu einer marktliberalen Alternative zur FDP entwickelt, dann sehe ich eine Chance für eine mittelfristige Etablierung.

NG/FH: SPD und Grüne haben ihr Wählerpotenzial bei Weitem nicht ausgeschöpft. Was sind die Gründe?

Niedermayer: Bei den Grünen sehe ich eindeutig eine Abwärtsspirale, die mit dem

kumulativen Effekt dreier Faktoren zu tun hat. Der Ausgangspunkt der Grünen war ja bei Weitem nicht so gut, wie sie sich selbst suggeriert haben. Die Grünen haben in der Legislaturperiode in zwei Zeiträumen gute Umfrage-Ergebnisse bis auf 25 % gehabt. Da haben manche meiner Kollegen schon diskutiert, ob sie zur neuen Volkspartei werden könnten. Ich habe das immer für Unsinn gehalten, weil dieser Umfragehype eindeutig nur darauf zurückzuführen war, dass damals der Markenkern der Grünen in der öffentlichen Diskussion die dominante Rolle spielte, nämlich die Umweltpolitik, konkretisiert an der Frage der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Als diese Diskussion aus den Medien verschwand, sind sie sofort abgestürzt auf ihr Bundestagswahl-Ergebnis von 2009. Dann kam Fukushima, wodurch sie innerhalb einer Woche von 12 % auf 25 % gestiegen sind. Aber die Werte waren nie von Dauer; sie pendelten sich bei 12 % ein.

Auf diesem Niveau hätten sie ihr Bundestagsergebnis von 2009 leicht verbessern können, aber eben nur leicht und eben nicht in die Sphären einer Volkspartei, wenn nicht drei Dinge passiert wären: Die Grünen haben es erstens versäumt, in der Frühphase des Wahlkampfes mit ihrem tatsächlichen Markenkern zu punkten, nämlich mit der Umweltpolitik. Stattdessen haben sie ein Steuerprogramm beschlossen, was sie in Konkurrenz gesetzt hat zur Linkspartei und zur SPD. Die Grünen haben versucht, Kompetenz zu akquirieren. Nur haben ihnen die Bürger auf diesem Gebiet keine Kompetenz zugewiesen. Es war nichts zu gewinnen mit diesem Thema. Außerdem ist es anders kommuniziert worden, als es die Grünen wollten. Selbst wenn es gestimmt hätte, dass mit dem Grünen-Steuerprogramm nur 10 % der Haushalte betroffen wären – das Problem ist nach den Zahlen einer DIW-Studie, dass in diesen Haushalten 17,5 % der Wähler grün wählen. Ein Gutteil der eige-

nen Klientel wäre also von den Steuerplänen betroffen gewesen.

Der zweite Fehler war die Geschichte mit dem Veggie-Day, etwas, was eigentlich gut gemeint war. Man wollte ein Bewusstsein für die Problematik schärfen. Herausgekommen ist in der Kommunikation, dass sich die Grünen wieder einmal als Verbotsparterie aufspielen. Man hätte vorhersehen können, dass die Diskussion so ablaufen würde.

Der dritte Punkt ist der Umgang mit der Pädophilie-Vergangenheit von Teilen der Grünen. Man hätte das viel früher aufarbeiten müssen, damit das Thema nicht in den Wahlkampf hineinragt. Das Pädophilie-Thema an sich wäre nicht problematisch gewesen, nicht zuletzt, weil es ein Vierteljahrhundert alt ist. Allerdings hat es wieder den Nimbus der Grünen als moralisch höherstehende Partei angekratzt. Und der kumulative Effekt dieser drei Geschichten hat dann zu der Abwärtsspirale geführt.

NG/FH: Und die SPD?

Niedermayer: Ich denke, dass die SPD zu Beginn des Wahlkampfes einen großen Fehler gemacht hat. Man kann lange darüber spekulieren, ob der Kandidat zum Programm gepasst hat, ob das Programm nicht für den Kandidaten zu links war. Aber es waren ja keine personellen Alternativen vorhanden. Die potenziellen Alternativ-Kandidaten konnten oder wollten nicht antreten. Die Aufstellung Peer Steinbrücks aber verlief extrem unprofessionell. Seine überstürzte Kür führte dazu, dass die Partei relativ unvorbereitet in die Kampagne hineinging. Es waren weder Strategie noch passende Beraterstäbe vorhanden – das musste später nachgeholt werden. Dann kamen die Fehler des Kandidaten dazu, die für sich genommen jeweils Petitesse waren. Steinbrück aber hätte wissen müssen, dass die Medien ihm jedes Wort auf die Goldwaage legen würden. Und wenn

die Medien erst einmal Blut geleckt haben durch ein, zwei Äußerungen, warten sie auf jedes Wort, das man falsch interpretieren kann. Da passierten einige Fehler, die die Berater hätten verhindern müssen.

NG/FH: Welche Rolle spielten die öffentlich wahrgenommenen Differenzen zwischen dem Image Steinbrücks und dem Programm? Hat Steinbrück das Profil des SPD-Programms glaubwürdig verkörpern können?

Niedermayer: Ich würde die Differenzen nicht allzu stark gewichten, weil sie in der öffentlichen Diskussion nicht so sehr thematisiert wurden. In dem Moment, in dem

Niedermayer: Da das konkret festzumachen war an der Person, hat das viel mehr geschadet als die programmatische Position der SPD. Aber meiner Ansicht nach war es einer der größten Fehler im Wahlkampf der SPD, die Datenspäh-Affäre zum zentralen Thema zu machen. Spätestens nach drei Wochen hätte man merken müssen, dass dieses Thema die Bevölkerung nicht interessiert. Zum Höhepunkt dieser Diskussion war diese Affäre nicht unter den relevanten Themen der Bevölkerung. Das bedeutet, die SPD hat zwei Monate der früheren Phase des Wahlkampfes verschenkt mit einem total falschen Thema. Sie hat erst mit dem TV-Duell auf das richtige Pferd gesetzt – mit dem zentralen sozial-

» Mittelfristig werden sich die drei linken Parteien als Lager etablieren; politisch ist es noch keines. «

es um soziale Gerechtigkeit ging, war Steinbrück ja auch gut, wie etwa beim TV-Duell. Immer wenn von sozialer Gerechtigkeit die Rede war, lagen seine Werte vorne. In den Umfragen waren die Werte vor und kurz nach seiner Nominierung – als dieses Programm ja schon existierte – nahe bei Merkel. Das heißt, dieser Widerspruch wurde gar nicht so sehr von der Bevölkerung wahrgenommen, obwohl ich natürlich auch sage, dass er mit zum Glaubwürdigkeitsproblem beigetragen hat. Abgestürzt in der Bewertung durch die Bevölkerung ist Steinbrück dann durch die Diskussion über seine Vortragshonorare. Das ist etwas, was den Wählern eingängiger und konkreter ist. Jemand, der für zwei Stunden Vortrag 20.000 Euro bekommt, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem darin, für soziale Gerechtigkeit einzutreten. Ich glaube, an dieser Geschichte hat sich dieser Widerspruch deutlicher festgemacht als abstrakt am Programm.

NG/FH: Diese Eindrücke blieben wirksam?

demokratischen Punkt der sozialen Gerechtigkeit. Aber dafür war es, denke ich, schon zu spät.

Es hieß immer, dass die CDU keinen richtigen Wahlkampf geführt habe. Das stimmt nicht: Die CDU hat einen hervorragenden Wahlkampf gemacht. Die Union hat alles berücksichtigt, was die Kommunikationstheorie und die Wahlkampfforschung als wichtig erachten. Die CDU hat keine Textplakate groß plakatiert, sie hat Bildplakate plakatiert, sie hat Gefühle transportiert – und Bildplakate sprechen Emotionen nun einmal viel besser an als Textplakate. Die Union hat ihren Markenkern von Anfang an in den Mittelpunkt gestellt: »Deutschland geht es wirtschaftlich gut, und damit es so bleibt, müsst ihr uns wieder wählen!« Das war die Botschaft, die aufgebaut war auf dem Grundgefühl der überwiegenden Mehrheit der Leute.

NG/FH: Wenn die SPD vor dieser Wahl angedeutet hätte, sie wird mit der Linkspartei koalieren, falls es für Rot-Grün nicht reicht, hätten die drei Mitte-Links-Parteien zusammen dann die Mehrheit be-

kommen? Was wird passieren, wenn sich die SPD mit einem Bündnis mit der Linkspartei anfreundet? Wird sich die Wählerunterstützung für SPD deutlich ändern, falls sie nun verkündet: »Wir gehen jetzt in die Große Koalition, aber wir fangen gleichzeitig an, mit der Linkspartei offener umzugehen«? Würde die SPD in der Summe Wähler gewinnen können oder eher verlieren?

Niedermayer: Rot-Grün hat sich von der Machtperspektive her als schwach erwiesen. Also muss man jetzt überlegen, wo es hingeht. Ich glaube, mittelfristig werden sich die drei linken Parteien als Lager etablieren; politisch ist es noch keines. Und es ist deswegen keines, weil es nur rechnerisch eines solange ist, wie es politisch keines ist. Ich bin überzeugt, wenn die SPD vor der Wahl angekündigt hätte, sie wird mit der Linkspartei koalieren, wenn es für Rot-Grün nicht reicht, dann hätten die drei Parteien zusammen keine Mehrheit

erhalten, weil die SPD untergegangen wäre und auch die Grünen. Das Problem sind dabei nicht die inhaltlichen Differenzen zwischen SPD und Linkspartei. In der Sozialpolitik, in der Finanzpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik – nicht in der Außenpolitik – sind das Petitesse, die man über Kompromisse problemlos in den Griff kriegen kann. Aber der tieferliegende Grund ist nach meiner Ansicht, dass ein Teil der Funktionäre, der Mitglieder und insbesondere der Wähler sowohl der SPD als auch der Grünen die Linkspartei immer noch nicht als normale demokratische Partei ansieht, mit der man auf Bundesebene eine Koalition eingehen kann. Erstens wegen der – aus deren Sicht – nicht adäquat aufgearbeiteten Vergangenheit der Partei und zweitens wegen der Tatsache, dass es in einigen Landesverbänden Mitglieder gibt, die man auch bei weiter Auslegung des Demokratiebegriffs nicht als Demokraten bezeichnen kann. Diese Ablehnung ist viel grundsätzlicher, als wenn ich sage,

die können nicht zusammenkommen, weil die Linkspartei die NATO ablehnt.

NGFH: Was müsste denn sowohl auf der realen als auch auf der symbolischen Ebene passieren, damit ein solches Bündnis Erfolg haben könnte?

Niedermayer: Auf Seiten der Linkspartei darf nicht jedes Mal der Versuch der Relativierung der Vergangenheit stehen. Sondern es sollte schlicht und einfach mal gesagt werden, dass man sich von dieser Vergangenheit distanziert. Der andere Punkt: Man müsste in der Partei mit Personen, die tatsächlich undemokratische Ansichten vertreten, anders umgehen. Bisher werden ja diese Leute nicht nur geduldet, sondern man setzt sich gar nicht mit ihnen auseinander mit dem Argument, wir sind jetzt eine demokratische Partei, also müssen wir unterschiedliche Auffassungen aushalten und können die Leute nicht einfach ausschließen. Aber man sollte sich mit ihnen innerparteilich auseinandersetzen. Und solange die Linkspartei aus mindestens zwei Parteien besteht und das Flügeldenken stark verankert ist, wird dies unrealistisch sein.

NG/FH: Wenn die Linkspartei das hinkriegt, besteht dann die Chance, dass die arithmetische Mehrheit, wie sie jetzt im Parlament existiert, erhalten bleibt bei einer klaren Koalitionsaussage von SPD, Grünen und Linkspartei?

Niedermayer: Ja, aber unter zwei Bedingungen: Die SPD muss ihren Umgang mit der Linkspartei verändern und eine stärkere Kompromissbereitschaft signalisieren. Zweitens müssten künftige Bundestagsfraktionen der Linkspartei ganz überwiegend aus Pragmatikern bestehen – bei der neuen Fraktion ist das wohl allerdings nicht der Fall. Die SPD müsste künftig auch in der parlamentarischen Arbeit Anknüpfungspunkte finden. Sollte es zu einer Großen Koalition kommen, kann man das natürlich nicht auf offiziellem Weg machen. Aber man kann über Arbeitskreise und schon existierende Beziehungen ergründen, wie man auf pragmatische Art bestehende Gemeinsamkeiten fördern und neue Gemeinsamkeiten entdecken kann.

Sinnvoll wäre auch, eine solche Koalition in einem westdeutschen Bundesland tatsächlich einmal auszuprobieren. Historisch ist es so, dass neue Koalitionsoptionen erst einmal auf Landesebene erprobt wurden. Wenn sie funktionierten, konnte man auf der Bundesebene auf positive Erfahrungen verweisen. Im Fall der Linkspartei könnte man den Wählern deutlich machen, dass eine Koalition nicht nur im Osten klappt. Die Botschaft wäre: Die Linkspartei ist politikfähig, eine sinnvolle Politik ist mit ihnen möglich, und die Koalition ist nicht gleich auseinandergebrochen. Wenn das funktionieren würde, dann ließen sich die grundsätzlichen Bedenken aufgrund realer Erfahrungen zerstreuen.